V-23 Gegen Instrumentalisierung Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus annehmen

Antragsteller*in: Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Aus der Geschichte der Menschheitsverbrechen des Faschismus und der gelungenen Befreiung ergibt sich der Auftrag an uns alle, Antisemitismus und andere rassistische Ideologien der Ungleichheit entschieden zu bekämpfen.

Die Instrumentalisierung des Begriffs Antisemitismus zur Diffamierung politischer Gegner mittels haltloser Vorwürfe schadet dem Kampf gegen Antisemitismus. Spätestens seit dem Wahlsieg der Partei Die Linke in Berlin nimmt diese Praxis groteske Züge an. Ein irreführender Antisemitismusbegriff wird für parteipolitische Vorteilnahme und die Unterdrückung sozialer und emanzipatorischer Bewegungen missbraucht.

Um stattdessen sowohl gegen tatsächlichen Antisemitismus als auch für Frieden für die Menschen in Palästina und Israel zu wirken, machen wir uns die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) verbindlich zu eigen.

Einfache Sprache

Die Geschichte zeigt uns:
Wir müssen Antisemitismus und anderen Rassismus bekämpfen.
Denn alle Menschen sind gleich.

Antisemitismus nicht missbrauchen

Manche Menschen benutzen Antisemitismus falsch.
Sie sagen falsche Dinge, um andere schlecht zu machen.
Das schadet dem Kampf gegen Antisemitismus.

Seit der Wahl der Partei Die Linke in Berlin passiert das oft.
Antisemitismus wird falsch erklärt.
Das nutzen manche Parteien für sich.

Unsere Haltung zum Antisemitismus

Wir wollen echten Antisemitismus bekämpfen.
Wir wollen Frieden für Menschen in Palästina und Israel.
Wir folgen der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus.
Diese Erklärung hilft uns, Antisemitismus richtig zu verstehen.

Begründung

Entgegen der IHRA stellten Forschende mit der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) klar, dass faktenbasierte Kritik an Israel als Staat und Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und Gewährung ihrer im Völkerrecht verankerten Rechte nicht antisemitisch sind.

weitere Antragsteller*innen

Christopher Stark (KV München); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Rudolf Müller (KV München); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Manuela Nader (KV München); Barbara Romanowski (KV Oberberg); Gisela Kainz (KV München); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Paul-Josef Sieger (KV Ahrweiler); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Sylvia Kotting-Uhl (KV Odenwald-Kraichgau); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Marcel Friedrich Eduard Feldmann (KV Siegen-Wittgenstein); Holger Wenner (KV Warendorf); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Andreas Müller (KV Essen); Philipp Schmagold (KV Plön); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Lendita Musliji (KV München); sowie 83 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.